



170/2006

Kiel, 20. November 2006

Jugend im Landtag : Die Beschlüsse 2006

Kiel (SHL) – Die 20. Tagung der jährlichen Veranstaltung „Jugend im Landtag“ hat eine Vielzahl von Beschlüssen gefasst, die wir im folgenden dokumentieren. Die Landtagsfraktionen, Landesministerien, sowie schleswig-holsteinischen Bundestags- und Europaabgeordneten sind nun aufgefordert, dazu schriftlich Stellung zu nehmen. Beschlüsse und Stellungnahmen werden vom Landtag Anfang 2007 in einer Broschüre veröffentlicht.

Die Beschlüsse von „Jugend im Landtag“ 2006

„Bildung“

Die Landesregierung wird aufgefordert, den **Lehrerschlüssel** so zu überarbeiten, dass mehr Lehrer eingestellt werden müssen, um die Klassen- und Kursgrößen zu senken.

„Jugend im Landtag“ beschließt, dass der Landtag die **finanziellen Mittel für Schulen erhöhen** soll.

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine **Überprüfung der Lehrer** durch neutrale Personen z.B. von PISA zu beschließen. Außerdem sollen Lehrer außerhalb dieser Überprüfungen aufgefordert werden, ihre Benotung schriftlich und nachvollziehbar festzuhalten.

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Einführung von **Regionalschulen** bedarfsabhängig durchzuführen. Die Abhängigkeit sollte an den Erhalt von Schulstandorten gebunden werden. Die Landesregierung möge den Kommunen eine einheitliche Vorgabe geben, um Willkür der Kommunen bei der Durchsetzung des Programms zu vermeiden.

„Jugend im Landtag“ fordert eine **Verbesserung des Englischunterrichtes an Hauptschulen** und eine besondere Förderung internationaler Kontakte für Hauptschulen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, dass durchgehende Unterrichten von **Politik- und Gesellschaftskunde ab der siebten Klasse** anzuregen. Als Themen soll-

ten auf jeden Fall die Strukturen unseres politischen Systems, die verschiedenen Religionen, Ökologie und andere politische Systeme behandelt werden. Ein weiterer Schwerpunkt sollte auf dem Gespräch über aktuelle Ereignisse liegen.

Klassenfahrten

Die Landesregierung wird aufgefordert, dafür zu sorgen, dass Klassenfahrten trotz Ablehnung der Lehrer stattfindet.

Die Landesregierung wird aufgefordert, **mehr Geld in Bildung** zu investieren.

Profiloberstufe

„Jugend im Landtag“ spricht sich ausdrücklich gegen die Einführung der Profiloberstufe aus.

„Wirtschaft, Verkehr, Umwelt“

„Jugend im Landtag“ fordert die Landesregierung auf, dass Schulen durch **Sponsoring** aus der Wirtschaft gefördert werden dürfen. Die Zweckgebundenheit des Sponsorings ist dabei von der Schulkonferenz festzustellen. Sponsoring durch Parteien ist grundsätzlich zu verbieten.

Mindestlöhne

„Jugend im Landtag“ fordert die Landesregierung auf, gesetzliche Mindestlöhne einzuführen, um dem Lohn-Dumping entgegenzuwirken und einen fairen Wettbewerb sicherzustellen. Hauptsächlich soll ein Mindestlohn jedoch Menschen, die unterbezahlt arbeiten müssen, einen gewissen Lebensstandard ermöglichen und garantieren und sie nicht zu einem Instrument profitorientierter Unternehmen entgegen sozialen Verpflichtungen zu machen.

„Jugend im Landtag“ fordert die Landesregierung auf, dass Unternehmen auf Landesebene gefördert werden, damit diese den Arbeitnehmern zwecks **Fahrgemeinschaften** Firmenwagen zur Verfügung stellen. Dies würde dann dem extremen CO₂-Ausstoß entgegentreten und die globale Klimaerwärmung reduzieren.

„Jugend im Landtag“ beschließt, die Landesregierung anzuhalten, den in Kreisverbänden organisierten ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr) aufzufordern, eine **Ermäßigung für Schüler und Auszubildende** auch auf Einzelfahrkarten einzuführen.

„Jugend im Landtag“ fordert die Landesregierung auf, für alle Personen mit Fahrerlaubnis ab dem Eintritt ins Rentenalter eine **Fahrtüchtigkeitsprüfung**, die aus zumindest Reaktionstest, Sehtest und Hörtest besteht, einzuführen. Diese möge alle drei Jahre verpflichtend durchgeführt werden.

Promille

„Jugend im Landtag“ fordert die Landesregierung auf, die Promillegrenze für alle Fahrzeugführer auf 0,0 Promille herabzusetzen.

Fehmarn-Belt-Querung

„Jugend im Landtag“ fordert die Landesregierung auf, sich gegen die feste Fehmarn-Belt-Querung auszusprechen

Schülerbusfahrten

„Jugend im Landtag“ fordert die Landesregierung auf, dass den Oberstufenschülern weiterhin die Bus- und Bahnfahrten vom Schülerverband bezahlt werden.

Gentechnisch veränderte Pflanzen

„Jugend im Landtag“ fordert die Landesregierung auf, sich gegen den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen und gegen die Legalisierung gentechnisch veränderter Bestandteile in nicht als gentechnisch verändert gekennzeichneten Produkten auszusprechen.

Robbenjagd

„Jugend im Landtag“ fordert die Landesregierung auf, in der Bundesregierung die Diskussion über die Fangmethoden bei der Robbenjagd in Alaska anzuregen und diese zu ändern.

Privatisierung

„Jugend im Landtag“ fordert, dass sich die Landesregierung (auch auf Bundesebene) gegen die Privatisierung der Deutschen Flugsicherung ausspricht.

„Gesellschaft, Soziales“

„Jugend im Landtag“ beschließt, die Landesregierung aufzufordern, die **Fördermittel für außerschulische Jugendbildung** im Doppelhaushalt 07/08 aufzustocken.

„Jugend im Landtag“ begrüßt die Entscheidung der Landesregierung, den § 47 f Gemeindeordnung Schleswig-Holstein (Beteiligung von Kindern und Jugendlichen) nicht abzuschaffen.

„Jugend im Landtag“ fordert die Landesregierung auf, Projekte zu fördern, die den Jugendlichen die Möglichkeit geben, innerhalb und außerhalb der Schulzeit an einer Jugendbegegnung mit kulturellem und/oder sprachlichem Hintergrund teilzunehmen.

„Jugend im Landtag“ fordert die Landesregierung auf, Träger zu unterstützen, die Ganztagsbetreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahren, Kindergärten und Schulpflichtige anbieten. Ferner soll die Landesregierung aufgefordert werden, genug **kostenlose Kinderkrippen und Kindergärten** zur Verfügung zu stellen (ab 6 Monaten).

„Jugend im Landtag“ fordert die Landesregierung auf, verpflichtende multikulturelle **Deutschkurse** als 2. Stufe der Pflichtdeutschkurse zu fördern. Diese sollen für Immigranten sowie von nicht deutsch sprechenden Deutschen besucht werden.

„Jugend im Landtag“ fordert die Landesregierung auf, das **Rauchverbot** in allen öffentlichen Gebäuden und im gastronomischen Bereich einzuführen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Suchtprävention an Schulen durch mehr Kontrollen und härtere Strafen für den Konsum und Verkauf an Tabakwaren und Alkohol an unter 18-Jährige einzuführen. Ferner beschließt „Jugend im Landtag“, dass der Konsum und der **Verkauf von alkoholischen Mitteln sowie auch Rauschmitteln in Form von Tabak unter 18 Jahren verboten** wird.

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, die **Praxisgebühr abzuschaffen**, aber auf eine Regelung hinwirken, dass Patienten zuerst zu ihrem Hausarzt gehen, bevor ein teurer Facharzt aufgesucht wird.

„Jugend im Landtag“ fordert die Landesregierung auf, der zunehmenden **Kinderarmut** in Schleswig-Holstein entgegen zu wirken.

„Inneres, Recht“

Der Landtag wird aufgefordert, die **Nebeneinkünfte** ohne Angabe der zahlenden Unternehmen der **Abgeordneten** ab einer Höhe von 25 000 € p.a. brutto zu veröffentlichen.

Dass **Justizvollzugsanstalten** mehr sowohl Psychologen als auch geschultem Personal zugewiesen bekommen, um eine intensive Betreuung der Inhaftierten von Beginn bis zum Ende der Haft sicherzustellen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, einen Initiativantrag im Bundesrat für ein **Verbot von Soft-Air-Waffen**, Spielzeugwaffen und Gewaltcomputerspielen einzureichen.

Gewaltdarstellung in den Medien

„Jugend im Landtag“ fordert die Landesregierung auf, an die darstellenden Medien zu appellieren a) die Gewaltverherrlichung einzustellen und b) im öffentlich-rechtlichen Vorabend-Programm wieder vermehrt Werte und Wissen zu vermitteln.

Die Landesregierung wird aufgefordert, einen regelmäßig tagenden **Jugend-Landtag** in Schleswig-Holstein anzuregen, der sich mit dem Landtag austauscht.

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der **Bund statt der Länder für das Bildungswesen zuständig** ist.